

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 16.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 195.

Druckpreis für Halle und die Bezirke 2,50 Mark, durch die Post bezogen 3 Mark für das Vierteljahr, 10 Mark für die halbe Zeitung, 20 Mark für die ganze Zeitung. — Halle: Druckerei: Göttinger Druckerei. — Halle: Druckerei: Göttinger Druckerei. — Halle: Druckerei: Göttinger Druckerei.

Zweite Ausgabe

Abdruck der Nachrichten für die Provinz Sachsen ist ohne Rücksicht auf die Kosten der Redaktion vorbehalten. — Halle: Druckerei: Göttinger Druckerei. — Halle: Druckerei: Göttinger Druckerei. — Halle: Druckerei: Göttinger Druckerei.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 67.
Telephon Nr. 155.

Freitag, 10. Januar 1902.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon Amt Via Nr. 11494.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 10. Januar.

* Wie wir von unterrichteter Seite aus Berlin erfahren, hatte die Rede des Grafen Bismarck über den Freund besonders den Zweck, eine diplomatische Wirkung bei den fremden Kabinetsmitgliedern auszuüben. Unverkennbar ist in Italien die Meinung hervorgerufen, die handelspolitischen Fragen mit der Bündnisfrage zu verknüpfen und bei den im Laufe dieses Jahres zu erwartenden Verhandlungen über die letzte auf Deutschland in der Richtung zu drücken, daß wirtschaftliche Wünsche Italiens gegen den deutschen Zolltarif dabei berücksichtigt werden, obgleich der deutsche Zolltarif gerade gewisse Absatzmärkte Italiens schonend behandelt. Auch in Oesterreich-Ungarn ist die Ansicht aufgetaucht, daß die durch die deutsche Schutzpolitik bereiteten Schwierigkeiten auf die Haltung der österreichisch-ungarischen Staatsmänner in der Bündnisfrage abzuwirken könnten. Hauptsächlich wird die Rede des Grafen Bismarck im Ausland jeden Zweifel darüber beseitigen, daß unsere Diplomatie nicht daran denkt, aus den Verhandlungen über das Bündnis ein Handelsgeschäft in Zollangelegenheiten zu machen.

* Aus dem Staatshaushaltsetat für 1902. Für das Etatsjahr 1902 sind die Einnahmen des Staates auf 2 614 167 144 Mk., die Ausgaben im Ordinarium auf 2 467 457 174 Mk., im Extraordinarium auf 1 146 709 970 Mk., zusammen demnach ebenfalls auf 2 614 167 144 Mk. veranschlagt. Gegenüber dem Veranschlagten für das laufende Etatsjahr vermindern sich für 1902 die Einnahmen und Ausgaben um 31 847 462 Mk.; die Minusrechnung setzt sich zusammen aus einem Mehrbedarf im Ordinarium von 35 654 372 Mk., und aus einem Minusbedarf im Extraordinarium von 70 501 834 Mk. Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Minusbedarf von überhaup 36 374 529 Mk. vorgesehen. An den Mehrüberschüssen ist die Verwallung der direkten Steuern mit 667 500 Mk. (Ergänzungsteuern + 1 000 000 Mk.) beteiligt. An Minusüberschüssen sind veranschlagt: Eisenbahnverwaltung 32 770 769 Mk.; Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung 2 980 410 Mk.; Verwaltung der indirekten Steuern 652 400 Mk.; Domänenverwaltung 373 950 Mk.; Reichsverwaltung 24 000 Mk. Einen Mehrbedarf ergeben: die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung im Ordinarium 22 792 738 Mk.; Verwaltung der öffentlichen Schuld 4 290 952 Mk.; allgemeine Finanzverwaltung 18 499 446 Mk. Die Ueberweisungen von Neide sind um 14 999 050 Mk. der Mehrarbeitbeitrag dagegen nur um 453 425 Mk. niedriger eingestellt; von Mehreinnahmen kommen in Betracht 900 000 Mk. bei dem ehemaligen Staatschatz, von Mehrausgaben 5 000 000 Mk. als die Hälfte des Jahresbedarfs von 10 000 000 Mk., um welche vom 1. Oktober 1902 ab die den Provinzialverbänden überweisenen Dotationen erhöht werden sollen. Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ist die Einnahme um insgesamt 5 740 065 Mk. höher veranschlagt. Hervorzuheben ist eine Mehreinnahme von 2 062 724 Mk. bei der Verwaltung des Amern, darunter 1 188 428 Mk. an Beiträgen der Gemeinden zu den Kosten königlicher Polizeiverwaltungen und 918 840 Mk. Beiträge für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger, welcher Einnahme indessen eine gleich hohe Mehrausgabe gegenübersteht. Von Mehreinnahmen kommen ferner in Betracht 918 334 Mk. beim Finanzministerium, bei welchem ein einmaliger Beitrag der Stadt Posen von 1 000 000 Mk. zu den Kosten des Erwerbes und der Erschließung des Ummallungsgebietes in Posen vorgezogen ist; ferner 539 000 Mk. bei der allgemeinen Bauverwaltung, darunter 195 200 Mk. an Beiträgen zur Unterhaltung der Land- und Wasserstraßen z. u. 343 800 Mk. an Werksabgaben; endlich 414 641 Mark bei der Handels- und Gernerverwaltung. Die dauernden Ausgaben bei den eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich um 17 074 632 Mk. Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen auf die Betriebsverwaltungen 98 526 960 Mk., darunter 91 640 500 Mk. auf die Eisenbahnverwaltung, und auf die eigentlichen Staatsverwaltungen 48 169 810 Mk.

Auf die wichtigsten Etatposten kommen nur ausführlicher zurück.

* Zur Polenpolitik in Preußen. Im Etat des Finanzministeriums sind zu einigen Mehrforderungen in den östlichen Provinzen bemerkt: Die den Oberpräsidenten von Posen, Westpreußen und Schlesien zur Verfügung stehenden Mittel bedürfen einer erheblichen Verstärkung, um gegenüber der verschärften polnischen Agitation das Deutschthum in geeigneter Weise zu stützen. Auch ergab sich die Notwendigkeit, das Verwendungsgebiet der Fonds auf die Provinz Ostpreußen auszuweiten. Um den Bemühungen der großpolnischen Agitation, in diese Provinz einzudringen, entgegen zu treten, sind im Etatposten für 40 neue Stellen für Regierungsmitglieder in dem Etat eingetragt.

* Eine von der polnischen Landtagsfraktion eingebrachte Interpellation, die Abg. von Jozsewski begründend wird, lautet dahin, ob es die Staatsregierung in Anbetracht der Schulvorgänge in Warschau und im östlichen Interesse überhaupt für geboten erachtet, die in den Landesstellen mit gemischter Bevölkerung in Bezug auf die Religions-

unterricht getroffenen Anordnungen einer Aenderung zu unterwerfen? Die Interpellation ist von der Centrumsfraktion unterzogen.

* Der Kaiser und die Kaiserin erschienen Donnerstag Vormittag in Berlin im Akademiegelände, um das von Professor Hugo Wolff geschaffene große Bild für das Hamburger Rathaus eingesehen zu besichtigen. Um 11 Uhr fuhr das Kaiserpaar am Zeughaus vor, das während der Anwesenheit der hohen Herrschaften geschlossen blieb. Auch die ganze Straßenseite war gesperrt; gegenüber, am früheren Kronprinzlichen Palais, sammelte sich eine zahlreiche Volksmenge an. Der Besuch im Zeughaus endete um 12 Uhr, die der Reichstagsgebäude um 12 Uhr 15 Minuten. Auf dem Rückweg zum Zeughaus wurde die Hofkapelle zum Wiederberstellung der Hofkapellmusik unternommen. Wir haben über diese Ausstellung selbst wiederholt Mitteilung gemacht. Zur Begrüßung waren u. A. Staatssekretär Graf v. Bodo Ebbard und der Kommandant des Zeughauses Generalleutnant v. Ulfedon anwesend. Die Führung übernahm Bodo Ebbard. Die Besichtigung war sehr eingehend. Gegen 12 Uhr verließ die Kaiserin, vom Grafen Kolodowsky geleitet, das Zeughaus, um eine Spazierfahrt zu unternehmen, während der Kaiser selbst noch länger verweilt.

* Der Kronprinz wird nach ein Jahr in Bonn seinen Studien leben, und zwar im letzten Semester gemeinsam mit seinem Bruder, dem Prinzen Eitel Friedrich. Die in Hannover vorbereitete Annahme, der Kronprinz werde im Frühjahr zur Reichsliste kommandiert werden, trifft somit nicht zu.

* Personalsnachrichten. Prinz Albrecht von Preußen, Regent von Vorpommern, wird dem Vernehmen nach als Vertreter des Kaisers den für den 17. Mai d. J. anberaumten Feierlichkeiten anlässlich der Thronbesteigung des Königs Alfons XIII. von Spanien beehren. Staatssekretär Graf v. Bodo Ebbard hat an den Reichstag und an Mitglieder des Reichstages — im Ganzen 60 an der Zahl — Einladungen zu einer Tafel am Mittwoch, den 15. Januar, ergehen lassen. — Der belgische Staatsminister und Rathgeber des Königs von Siam, Polin Jacquemin, ist letzte Nacht in Weimar gestorben. — Prinz Eduard von Sachsen-Weimar ist in London an einer Lungenerkrankung verstorben. — Einem letzten Verhoffen, erkrankt nach dem gestern ausgegebenen Amtsbericht hatte er eine sehr unruhige Nacht.

* Dem Korvettenkapitän Weigle wurde der erbene Abchied nicht bewilligt; er erhält vielmehr demnachst unter Ernennung zum Regattenkapitän ein Landkommando.

* Zuschüsse für Kriegsinvaliden. In den jüngsten Erörterungen in der Presse über die Anwendung des Kriegsinvalidengesetzes vom 31. Mai 1901 schreibt die „Berl. Corr.“: Bei diesen Erörterungen wird übersehen, daß nur Kriegsinvaliden, das heißt die in Folge einer Kriegsdienstverletzung als Invaliden anerkannten Personen, an den Wohlthätigen des Kriegsdienstverletzten allein genügt wird für den Anspruch auf die durch das Gesetz gewährte Zuschüsse, sondern diese Zuschüsse auch als Dienstunfähigkeit begründend beim Ausscheiden festschließend und dienlich anerkannt sein. Das Kriegsinvalidengesetz ist als Einzelgesetz für die Kriegsinvaliden anzusehen. Die Beilegung einiger Unbilligkeiten und Härten wird bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit angeht.

* Aus der Zolltariffkommission. Die erste Sitzung der Zolltariffkommission am gestrigen Donnerstag hatte nur den Zweck, den Arbeitsplan festzustellen, insofern waren Regierungsvorredner nicht erschienen. Gleich bei Beginn setzte die äußerste Linke mit Dörrschütz an, die jedoch keinen Erfolg hatte. Der Vorsitzende, v. Kardorff, schlug vor, zunächst das Etatsgesetz zu beraten, unter vorläufiger Aushaltung des Artikels 2 betreffend die Mindestzölle für Getreide. Dieser Vorschlag wurde mit einer kleinen Aenderung vom Abgeordneten Frhn. v. Wangenheim unterstützt mit der Begründung, daß es notwendig sei, die Stellung der Parteien im Allgemeinen zu klären. Dem widersprachen die Vertreter der freimüthigen und sozialdemokratischen Partei in würdiger Eintracht. Es wurden von dieser Seite alle möglichen Anträge gestellt, die auf eine Verhinderung abzielten. In Herr Göttsch ging sogar so weit, eine parlamentarische Enquete bzw. eine Produktionsstatistik in kontradiktorischen Verfahren zu beantragen. Das Ergebnis war die Ablehnung der Anträge der Linken und die Annahme des Vorschlages des Vorsitzenden mit 20 gegen 8 Stimmen. Dieser Ausgang dürfte typisch sein für die Weiterberathung der Kommission.

* In der Sitzung des Bundesraths am Donnerstag wurde der Entwurf einer Verordnung wegen Veranschlagung der letzten und zweiten privaten Besichtigungs-Untersuchungen der ausländischen Ausschüssen überwiegen. Den Ausschüssen über die Besichtigungen zur Aenderung einiger Bestimmungen der Verordnungsordnung für die Dampfmaschinen-Deutsches, sowie den Ausschüssen über den Entwurf eines Gesetzes über die Verlegung der deutsch-dänischen Grenze an der Nordsee und der Himmelsküste wurde die Zustimmung erteilt. Ein Gesetz zur Bekämpfung der Veränderungen im Grundbesitz des Reichs für das Rechnungsjahr 1900 vorgelegt.

Preussischer Landtag.

Sterrenhans.

2. Sitzung vom 9. Januar.

Das Haus beschäftigte sich in seiner heutigen zweiten Sitzung mit der Interpellation Graf v. Schlieffen betreffend die Nothwendigkeit der Einziehung der Mittel, die gegen die Reichsliste kommandiert sind, in der Fremde zu beiziehen.

Regierungskommissar v. Wölffhausen erwidert, daß die Regierung hieron nichts bekennt und daß sie eine weitere Einziehung des Reichspresses nicht in Aussicht genommen habe. Die Interpellation lautet: „Sind die künftigen Staatsprovisionen befristet, daß ein nicht unerheblicher Theil der Arbeiterfamilien, die im letzten Decennium aus den östlichen Provinzen der Monarchie nach dem Westen gezogen sind, den dringenden Wunsch hegen, in ihre früheren Heimathorte zurückzukehren, aus Mangel an Mitteln jedoch hierzu nicht im Stande sind? Sind die künftigen Heimathorte bereit, solchen Familien behufs Wiedereinrichtung beihilflich zu sein?“

Graf Schlieffen: Eine große Anzahl von Arbeiterfamilien, die nach dem Westen ausgewandert, möchten gern wieder nach dem Osten zurückkehren, wenn ihnen die nötige Unterhaltung zur Verfügung käme. Auch die Landwirtschaftskammern haben bereits berichtet, hier einzugehen, aber ihre Wünsche nicht erfüllt zu sein. Dürft ist es Sache der Regierung, geeignete Schritte zu ergreifen.

Ministerialdirektor Wölffhausen: So wie die Arbeitslosigkeit dargestellt wird, ist sie nicht. In der Kolonialindustrie z. B. hat die Arbeitslosigkeit überhaupt nicht nachgelassen. In anderen Industrien, wie der Eisenindustrie, herrscht Arbeitslosigkeit. Wie haben auch feststellen können, daß kein Mann nach dem Osten zurückkehren, aber wir konnten nicht feststellen, wieviel davon regelmäßig zurückgehende Sachverständige sind und wieviel zurückkehren in der Arbeit, im Osten Landarbeiten zu verrichten. Der Eisenbahnmittler wird es mit Freude begrüßen, wenn Landarbeiter nach dem Osten zurückkehren, aber zu einer Förderung der Arbeit sind großen Maßstabs noch er sich noch nicht entscheiden können. Es liegt ein Antrag der ostpreussischen Landwirtschaftskammer vor, der eine Einziehung des Reichspresses um einen halben Billionen pro Kilometer begehrt. Das ist nicht viel, es würde bei 600 Millionen mehr 3 Mark pro Kopf ausmachen und die Fortsetzung würde sein, daß man für Arbeiter alleinig die Tarife einzieht und das würde der Beschäftigung der ländlichen Arbeiter nicht dienlich sein.

Herr Graf von Helldorff-Schwerin: Die Interpellation ist eigentlich unverständlich. Was heißt es denn, wenn die Arbeiter jetzt auf Eisenarbeiten nach dem Osten befördert werden und nachher, wenn die Minister im Westen einziehen, wieder nach dem Westen auswandern. Mit dieser Interpellation kommen wir nicht weiter. Wir müssen Mittel und Wege finden, um die Arbeitslosigkeit, wie sie sich nicht bewährt hat, einzuführen.

v. Godeben: Die Arbeiter, die im Westen gewesen sind, gelten bei uns nicht als Arbeiter, und man kann nicht im Osten und gar nicht dafür, daß sie zurückkommen, denn diese Leute sind mit der Sozialdemokratie in Verbindung gekommen, und wir fürchten, daß sie auf unsere Arbeiter einen schädlichen Einfluß ausüben.

Landwirtschaftsminister von Bobbertz: Schon vor Wochen und Monaten ist ein Antrag nach dieser Richtung hin von mir dem Eisenbahnmittler unterbreitet worden, nicht ich nehme auch der Sache wohl an, aber ich kann mich doch der Ansicht nicht verschließen, daß der Vorredner der Regierung Aufgaben zuweist, die sie nicht zu erfüllen vermag. Der Schatzkanzler an den Stationen kann doch unmöglich feststellen, ob der Mann, der zurückkehren will, Sachverständiger ist, ob er verheiratet ist, wie die Verhältnisse in sein Wohnort sind, die sich in seiner Heimathorte befinden (weiter). Man bedarf sich doch auf das, was durchführbar ist. Es hat sich herausgestellt, daß die Anträge auf Rückbeförderung von Arbeiterfamilien nur sehr gering sind. Man darf auch nicht vergessen, daß die Arbeiter, die in der Industrie tätig waren, häufig nicht mehr fähig sind, landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Das Ministerium hat sich eingehend mit der Sache beschäftigt und Sie können überzeugt sein, daß, wenn es sich um Familien handelt, die wirklich bereit sind, zurückzukehren, um im Osten den Boden wieder zu bearbeiten, ist Alles einzuholen werde, damit diese Leute zurückbefördert werden.

v. Helldorff: Die Situation der Interpellation ist Folge dessen, in welcher Weise die Arbeiter, die im Westen gewesen sind, im Osten lobende Arbeit giebt und der Anreiz, dort Arbeit zu suchen, wird nur noch größer sein, wenn die Leute wissen, daß sie unentgeltlich zurückbefördert werden. Ich würde daher, ohne allgemeine Anrede von zu weitgehender Natur zu ergreifen, ich nehme auch der Sache wohl an, aber ich kann mich doch der Ansicht nicht verschließen, daß die Arbeiter, die im Westen gewesen sind, im Osten den Boden wieder zu bearbeiten, ist Alles einzuholen werde, damit diese Leute zurückbefördert werden.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 9. Januar 1902, Vorm. 11 Uhr.

Im Ministerische: Hr. v. Rheinbaben, v. Thielens, Moller.

Präsident v. Köcker denkt zunächst der verstorbenen Mitglieder. Die Abgeordneten ehren das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise.

Darauf wird das bisherige Präsidium v. Köcker, Frhn. v. Hermann und Dr. Krause) auf Antrag des Abg. v. Köcker (sonst) verabschiedet wieder gewählt, ebenso die Schriftführer. Nummer erhält das Wort. Ministerpräsident v. Köcker v. Rheinbaben, um die Einbringung des neuen Gesetzes mit folgenden Worten zu begleiten. Das Jahr 1900 bewegte sich im Allgemeinen noch unter günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, wenn sich auch schon in der zweiten Hälfte deutsche Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges zeigten. Inmitten dieses Jahres wurde mit einem ungewöhnlichen Heftigkeit der Wirtschaft über den Verlauf des Jahres 1900 berichtet und wie diese Entwicklung auf unsere Finanzlage einwirken mußte. Es scheint also, als sollte das Jahrzeit, in dem wir jetzt stehen, eine ähnliche Entwicklung nehmen wie die Jahrezeit 1880—1900 und 1890—1900, bei denen die ersten Jahre gleichfalls ein Defizit, die letzten Jahre einen Ueberschuß aufwiesen. Das ver-



